

Ressort IV  
Kommunales / Inneres  
Sascha Bilay  
13.10.11

### ***Presseinformation***

#### **Proteste der Bürgermeister sind berechtigt**

„Die angekündigten Proteste der Bürgermeister und der Kommunen sind vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen bei den Kommunalfinanzen berechtigt. Allerdings darf vor Ort nicht der Eindruck erzeugt werden, als würden die Landtagsabgeordneten als homogene Masse entscheiden“, betont der Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow.

Die Bürgermeister haben gestern in einer Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes entschieden, den 8. November zum Protesttag gegen die geplanten Kürzungen bei den Kommunalfinanzen zu erklären. An diesem Tage sollen kommunale Einrichtungen wie z.B. Rathäuser, Museen und Schwimmbäder geschlossen bleiben. DIE LINKE unterstützt den Massenprotest der Kommunen, verweist aber auch darauf, dass der Protest nicht nur vor Ort, sondern auch in die Landeshauptstadt getragen werden müsse. „Wenn jeder der rund 940 Thüringer Bürgermeister vor der Staatskanzlei oder dem Landtag demonstrieren würde, hätten wir eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Nur so könne ein wahrnehmbarer Druck auf die Regierungskoalition von CDU und SPD ausgeübt werden“, hebt der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN, Frank Kuschel, hervor.

Ramelow kündigt abschließend an, dass seine Fraktion eigene Vorschläge für den Kommunalen Finanzausgleich 2012 zur Diskussion stellen werde.

Bodo Ramelow  
Frank Kuschel